

**Gemeinsame Sitzung der Deputation für Bildung staatlich/städtisch  
und  
der Deputation für Soziales, Jugend und Senioren staatlich/städtisch  
Sitzungsprotokoll**

15. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 1999 - 2003

Sitzungstag <b>22.05.02</b>	Sitzungsbeginn <b>14.30 Uhr</b>	Sitzungsende <b>16.30 Uhr</b>	Sitzungsort <b>Haus der BBÜ Börsenhof A</b>
--------------------------------	------------------------------------	----------------------------------	--

**Teilnehmer/innen:**

siehe anliegende Anwesenheitsliste

**Tagesordnung:**

- |       |   |                     |
|-------|---|---------------------|
| TOP 1 | Genehmigung der Tagesordnung  |                     |
| TOP 2 | Konsequenzen aus den Ergebnissen der PISA-Studie für den Bereich frühkindliche Bildung in Bremer Kindertageseinrichtungen | Vorlage 286/02      |
| TOP 3 | Erste Konsequenzen aus den Ergebnissen der PISA -Studie für den Bereich Bildung   | Vorlage L 135/G 182 |
| TOP 4 | Sachstand zur Umsetzung des Projektes Schulvermeidungs-Präventionsausschüsse  | Vorlage G 186       |
| TOP 5 | Berufspraktikum für Fachkräfte in der Jugendhilfe und der Sozialen Arbeit im Lande Bremen (Bericht)                       | Vorlage 287/02      |

Frau Senatorin Röpke eröffnet die gemeinsame Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

**TOP 1      Genehmigung der Tagesordnung**

---

Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt.

**TOP 2      Konsequenzen aus den Ergebnissen der PISA-Studie für den Bereich frühkindliche Bildung in Bremer Kindertageseinrichtungen**      **Vorlage 286/02**

---

Senatorin Röpke weist darauf hin, dass auf Seite 7 der Vorlage unter Punkt 3.2. die erste Empfehlung zu streichen ist und dass die zweite Empfehlung eine gemeinsame Empfehlung beider Ressorts ist.

Einleitend zur Vorlage stellt Senatorin Röpke fest, dass die dargestellten Maßnahmen nur erste Schritte auf dem Weg sind, im Bereich der frühkindlichen Bildung Konsequenzen aus den Ergebnissen der PISA-Studie zu ziehen.

Herr Pietrzok (SPD) unterstreicht dieses und bittet um eine entsprechende Ergänzung zu Beginn des Beschlussvorschlages.

Frau Striezel (CDU) bittet, die Vorlage auch in den Jugendhilfeausschuss einzubringen und in diesem Zusammenhang die offenen Finanzierungspunkte zu beziffern. Im übrigen sei sie der Auffassung, dass der von der CDU geforderte Erziehungsbildungsgutschein in diesem

Zusammenhang nicht in einen Sprachengutschein umgewandelt werden kann. Zudem sei sie der Auffassung, dass die Personalausstattung der Kindertageseinrichtungen an einem Teil des Tages verbessert werden müsse.

Frau Jamnig-Stellmach (CDU) stellt fest, die Verantwortlichkeiten der einzelnen Bereiche müssten stärker geklärt werden.

Frau Stahmann (Bündnis 90/Grüne) stellt fest, die Vereinbarungen zwischen der Jugendhilfe und der Schule müssten noch verbindlicher werden.

Senatorin Röpke weist darauf hin, dass die Zuständigkeiten klar geregelt seien. Dort, wo beide Ressorts verantwortlich sind, fühlten sich beide Senatoren auch in einer besonderen Verantwortung für das Gelingen. Die noch offenen Finanzierungspunkte konnten wegen der notwendigen Abstimmung in der Kürze der Zeit nicht beziffert werden. Dies werde in der Vorlage zum Jugendhilfeausschuss nachgereicht. Anschließend werde die zuständige Deputation befasst und dann der Senat. Zur Forderung nach einem weiteren Ausbau der Maßnahmen stellt Staatsrat Dr. Knigge fest, dass sich die vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen des beschlossenen Haushaltes bewegen. Ein Ausbau sei dem Ressort deshalb ohne weiteres nicht möglich.

Herr Mützelburg (Bündnis 90/Grüne) erläutert die Zustimmung seiner Fraktion zum Beschlussvorschlag, als ersten Schritten sei der Vorlage zuzustimmen, dies gelte aber nicht für alle einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen.

## Beschluss

0. Die Deputationen für Soziales, Jugend und Senioren sowie für Bildung sind der Auffassung, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen erste Schritte auf dem Weg zur Verbesserung des Elementarbereiches sind.

1. Die Deputationen nehmen die Bewertungen und Schlussfolgerungen zu den Ergebnissen der Pisa-Studie für den Kindertageseinrichtungsbereich und dessen Zusammenarbeit mit dem Primarbereich zur Kenntnis.

2. Die Deputationen stimmen den Vorschlägen zur Programm- und Projektentwicklung für den Bereich frühkindliche Bildung zu und bitten die Senatoren für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales sowie für Bildung, diese Vorschläge in Abstimmung mit der Senatskanzlei und dem Senator für Finanzen weiter zu konkretisieren und dem Senat - zusammen mit einem Finanzierungsvorschlag - zur Entscheidung vorzulegen.

3. Die Deputationen erwarten die Vorlage eines Zeit-Maßnahmekataloges zur Umsetzung der Programme und Projekte.

**TOP 3      Erste Konsequenzen aus den Ergebnissen der PISA -Studie      Vorlage L 135/G 182  
für den Bereich Bildung**

---

Senator Lemke erklärt, dass die Koalition sich darauf geeinigt habe in der Vorlage unter B. Lösung den Punkt 4. Ganztagsangebote zu streichen und zu einem späteren Zeitpunkt zu behandeln. In dem Beschlussvorschlag soll unter 1. die Zustimmung durch eine Kenntnisnahme ersetzt werde. Herr Rohmeyer (CDU) beantragt, die Vorlage auszusetzen und sie erst dann zu behandeln wenn ein Finanzierungsvorschlag vorliege. Herr Mützelburg (Bündnis90/Grüne) kritisiert, dass die Finanzierung als Vorwand benutzt werde, um die Vorlage gar nicht erst zu diskutieren. Frau Hövelmann (SPD) kritisiert, dass der Antrag von Herrn Rohmeyer gegen die gemeinsame Absprache verstoße. Sie bittet darum, im Interesse der Schülerinnen und Schüler, die Diskussion nicht auf die lange Bank zu schieben. Frau Schmidtke (SPD) kritisiert, dass erste Schritte im Vorschulbereich vereinbart werden, dagegen im Schulbereich erst mal gar nichts passieren solle. Herr Rohmeyer (CDU) erklärt, dass ohne Einführung des Englischunterrichtes im Grundschulbereich 6 Mio. € ungedeckt blieben, daher sehe er keine Beratungsmöglichkeiten. Zunächst müsse eine Finanzierung innerhalb des Ressorts vorgelegt werden, wo auch Einsparungsmöglichkeiten genannt werden, die Behörde habe ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Er bestehe daher auf einer Aussetzung. Senator Lemke weist darauf hin, dass die Behörde sehr wohl ihre Hausaufgaben gemacht habe und verweist u.a. auf die reduzierte Schüler/Lehrerrelation auf den Bundesdurchschnitt von 17,6 Schülern je Lehrervollzeiteinheit hin. Er gibt zu Bedenken, dass ein derartiges Vorgehen im

Hinblick auf die für Ende Juni erwarteten nationalen PISA-Ergebnisse für die Schulen sehr demotivierend seien. Von den Schulen werde eine handelnde Deputation erwartet.

**Beschluss:**

Die Diskussion der Vorlage wird ausgesetzt.

**TOP 4 Sachstand zur Umsetzung des Projektes Schulvermeidungs- Präventionsausschüsse (SCHUPS) Vorlage G 186**

Frau Hövelmann (SPD) begrüßt die Vorlage, da durch die Bündelung der Kompetenzen eine vernünftige Vorgehensweise zur Verminderung der Zahl der Schulverweigerer vorbereitet werde. Dies sei eine richtige Reaktion auf die nicht akzeptable Zahl von zur Zeit ca. 2000 Schulverweigerern. Herr Mützelburg (Bündnis90/Grüne) erinnert daran, dass die Bürgerschaft schon vor zwei Jahren entsprechende Initiativen gefordert habe. Bei der Umsetzung habe es offensichtlich große Schwierigkeiten gegeben, zu einem gemeinsamen Programm zu kommen. Dies müsse in Zukunft schneller gehen. Frau Striezel (CDU) befürchtet, dass die Umsetzung durch vielfältige Personalprobleme gefährdet sei, da die Stellen z.T. noch nicht besetzt seien. Staatsrat Dr. Knigge erklärt, dass u.a. der gewaltige Umstrukturierungsprozess bei Soziales die Entwicklung gehemmt habe. Herr Pietrzok (SPD) weist daraufhin, dass durch die geringe Personalzuweisung bei neuen Aufgaben Probleme entstehen könnten. Senator Lemke erklärt, dass neue Vorgehensweisen manchmal etwas Zeit brauchen, um sie abzusprechen und umzusetzen. Mit dem beschriebenen Vorgehen solle ein frühes Eingreifen ermöglicht werden, damit später weniger Probleme auftreten. Herr Wroblewski (Elternvertreter KTH) kritisiert, dass die Eltern nicht in den SCHUPS vertreten sein. Frau Schmidtke (SPD) hält dagegen, dass Elternvertreter in den Schulen beteiligt seien, um das grundsätzliche Vorgehen abzusprechen. In die Beratungsgruppen selbst sollten sie allerdings nicht einbezogen werden, da dort die Einzelfälle und das auf den jeweiligen Fall bezogene Vorgehen besprochen würden.

**Beschluss:**

1. Die Deputation für Bildung und die Deputation für Soziales, Jugend und Senioren nehmen den Bericht zur Kenntnis.
2. Sie bitten den Senator für Bildung und Wissenschaft und die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales um einen weiteren Zwischenbericht zum 30.06.03.

**TOP 5 Berufspraktikum für Fachkräfte in der Jugendhilfe und der Sozialen Arbeit im Lande Bremen (Bericht) Vorlage 287/02**

Frau Striezel (CDU) stellt fest, die tiefgehende fachliche Diskussion zum Thema müsse im Jugendhilfeausschuss stattfinden. Senatorin Röpke erklärt dazu, dies sei vorgesehen. Herr Pietrzok (SPD) bittet um einen Bericht über die Ausbildung der Lehrkräfte für die Erzieher/innen. Senatorin Röpke sagt einen solchen Bericht für den Jugendhilfeausschuss und für die Deputation für Soziales, Jugend und Senioren zu.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Senioren sowie die staatliche Deputation für Bildung nehmen den Bericht zum Berufspraktikum für Fachkräfte in der Jugendhilfe und Sozialen Arbeit im Lande Bremen zur Kenntnis.

---

Senator

Sprecher

Protokollantin